

Open Access Repository

www.ssoar.info

Paradigmenrevision: Folgen des osteuropäischen Wandels für die allgemeine soziologische Theorie

Müller, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Müller, K. (1996). Paradigmenrevision: Folgen des osteuropäischen Wandels für die allgemeine soziologische Theorie. In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 164-178). Frankfurt am Main: Campus Verl. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140720

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.



Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Paradigmenrevision

Folgen des osteuropäischen Wandels für die allgemeine soziologische Theorie

Klaus Müller

Die Desintegration des sozialistischen Modernisierungsregimes hat die soziologische Theorie an eine alte Einsicht Max Webers erinnert: Die Soziologie gewinnt ihre Kategorien »sehr wesentlich« aus jenen »Paradigmata«, die Weber als »unter den Gesichtspunkten der Geschichte relevante Realitäten sozialen Handelns« definiert (Weber 1922, 9). In diesem Sinn wurde die 1989 gesetzte historische Zäsur zu Recht als Herausforderung begriffen, die den gesamten sozialwissenschaftlichen Begriffsapparat unter Revisionsdruck stellt.

Der ökonomischen Forschung hielt man vor, ein geschöntes Bild von den Leistungen der Planwirtschaften gezeichnet zu haben. Der Politikwissenschaft wurde eine Fixierung auf den inneren Kreis der kommunistischen Apparate sowie die Annahme ihrer prinzipiellen Stabilität und Reformfähigkeit nachgesagt. Die Soziologie war dem Vorwurf ausgesetzt, ihre Kategorien auf die Integrationsprobleme der westlichen Gesellschaften zugeschnitten und die osteuropäischen Systeme allenfalls als Konstrastfolie verwendet zu haben. Auf die modernisierungstheoretische, an Weber und Parsons orientierte Sowjetwissenschaft wurden zahlreiche Nachrufe verfaßt.

Gut fünf Jahre nach Beginn der »Neuen Großen Transformation« (Bryant/ Mokrzycki 1994) scheint es gerechtfertigt zu fragen, ob die Sozialwissenschaft den auf sie ausgeübten Druck produktiv umgesetzt hat. Hat sie geeignete Kategorien entwickelt, um den überraschend eingetretenen Zusammenbruch des sowjetischen Machtbereichs und den unerwartet zähen Verlauf der Neukonstitution postkommunistischer Gesellschaften zu verarbeiten?

Ich möchte diese erste Frage im folgenden mit einer Problemskizze einiger mir relevant erscheinender theoretischer Entwicklungen mittlerer Reichweite beantworten. Dabei werde ich mich auf einige komplementäre Desiderate der hier verwendeten Konzepte konzentrieren, die eine stärkere theoretische Integration der Transformationsforschungen wünschenswert machen (I.).

Aufgrund dieses Integrationsbedarfs nimmt die allgemeine soziologische Theorie in der Parsons-Tradition eine exponierte Stellung in der (Selbst-)Kritik und Neubewertung sozialwissenschaftlicher Kategorien ein. Sie hat sich für Prozesse gesamtgesellschaftlichen Wandels zuständig erklärt: Die Herausbildung selbständiger Sphären von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wurde in den Begriffen von »Modernisierung«, »Evolution« und »funktionaler Differenzierung« analysiert. Das Verhältnis von sozialen Institutionen zu ökonomischen Restriktionen, politischen Zielen und kulturellen Werten wurde als Frage nach den Bedingungen »gesellschaftlicher Ordnung« thematisiert. Es liegt auf der Hand, daß eine zureichende Analyse des Zusammenbruchs der Gesellschaften sowjetischen Typs, der postkommunistischen Krisen und der Rekonstitution der osteuropäischen Gesellschaften auf dieser Ebene allgemeiner Theorie anzusiedeln wäre. Ich werde daher an zweiter Stelle fragen, wie sich die (neo-)parsonianische Soziologie zu gesellschaftlichen Umbrüchen verhält, die entgegen der Euphorie der ersten Stunden nicht zu einer »Ausdifferenzierung« von freier Marktwirtschaft, liberaler Demokratie und ziviler Gesellschaft geführt haben. Die enttäuschten Evolutionserwartungen dieser Tradition sind meines Erachtens auf analytisch geschlossene Grundbegriffe und entwicklungslogische Stilisierungen zurückzuführen (II.). Es scheint mir daher angebracht, in einem abschließenden dritten Schritt anzudeuten, an welchen Gesichtspunkten sich eine durch die Ereignisse seit 1989 historisch sensibilisierte Theoriebildung orientieren könnte (III.).

I. Theorien mittlerer Reichweite: Überblick und Integrationsprobleme

Zunächst also einige Bemerkungen zu relevanten Feldern der Transformationstheorie. Ein kursorischer Blick auf die einschlägigen Forschungen ergibt ein ambivalentes und zugleich aufschlußreiches Bild.

Die in den letzten Jahren entfalteten Aktivitäten haben die Erkenntnislage spürbar verbessert. Westliche Ökonomen haben an der Vereinheitlichung der osteuropäischen statistischen Systeme mitgewirkt und sie an internationale Standards herangeführt – auch wenn die Messung des privaten Sektors unsicher bleibt und auf Unternehmens- wie Regierungsebene weiterhin ein strategischer Umgang mit Daten gepflegt wird. Privatisierungs- und Stabilisierungsprogramme sind zum Exerzierfeld der neoklassischen Standardtheorie geworden; die daraus abgeleiteten Politikempfehlungen sind in den internationalen Organisationen

institutionalisiert und beherrschen die öffentliche Diskussion um die Reformchancen der osteuropäischen Länder. Die *Politikwissenschaft* ist in der Parteien-, Eliten- und Einstellungsforschung tätig geworden. Sie aktivierte einerseits das gesamte Spektrum klassischer modernisierungspolitischer Themen: Dazu gehört David Apters Frage nach den diffizilen Bedingungen eines erfolgreichen »Transfers« westlicher Institutionen in ein nicht-westliches Umfeld; dazu zählt David Lerners Hinweis auf geeignete »Sequenzen« politischer Reformschritte. Und auch Seymour Lipset ist zu seinem klassischen Thema der funktionalen Requisiten von Demokratie zurückgekehrt.

Hinzu kamen neue Vergleichsgesichtspunkte: Die osteuropäischen Transformationen wurden in eine komparative Perspektive zu den südeuropäischen und lateinamerikanischen *Transitionen* zur Demokratie gerückt. Hinzu kam ferner die von osteuropäischen Dissidenten entwickelte Leitidee einer *civil society*.

Die Soziologie hat vergleichsweise zögernd reagiert. Zwar hatten – im Unterschied zur ostdeutschen Situation – nonkonformistische sowjetische Soziologen die Reformpolitik seit Mitte der 80er Jahre maßgeblich beeinflußt (White/Gill/Slider 1993, Kap. 1). Auch sind wesentliche Anstöße für differenzierte sozialstrukturelle Analysen von der osteuropäischen Soziologie selbst ausgegangen und werden gegenwärtig in internationalen Zusammenhängen fortgeführt. Zahlreiche umstrukturierte und neugegründete Institute führen – zum Teil in enger Kooperation mit westlichen Forschern – elaborierte Umfragen durch. Dies verschafft Einblicke in den Wandel der politischen und wirtschaftlichen Führungsgruppen und in die Reorganisation regionaler und lokaler Einheiten, und es informiert über Einstellungen der Bevölkerung.

In der osteuropäischen Situation rapiden sozialen Wandels sind Einstellungen freilich noch instabiler als politische Institutionen. Angaben über sozialstrukturelle Verschiebungen scheinen noch unsicherer als Wahlergebnisse und wirtschaftliche Trends. Die Vorherrschaft von Meinungsumfragen symbolisiert daher zugleich einen Mangel an zuverlässigen objektiven Daten. An die Stelle staatlicher Geheimhaltung ist eine Informalisierung weiter gesellschaftlicher Bereiche getreten, die sich einem unmittelbaren soziologischen Zugriff entziehen. Nicht zuletzt wird systematische Arbeit durch die institutionelle Krise der osteuropäischen Soziologie behindert. Wie zwei ungarische Kollegen die Lage des Fachs charakterisieren: »Sociology is just in as a painful period of transition as the societies of Eastern Europe are« (Kolosi/Szelényi 1994, 157ff., hier 159). Westliche Soziologen bleiben in der Bearbeitung zentraler Fragen auf die interpretatorischen Fähigkeiten der Osteuropaforschung angewiesen, die über ihren voreilig verkündeten Tod hinaus ein reges zweites Leben führt.

Soweit ein Streiflicht über einige Aktivitäten im weiten Feld der Transformationsforschungen. Diese Forschungen vermitteln zwei Eindrücke in einem: Sie verweisen auf den weiten Weg, den sowohl die osteuropäischen Gesellschaften als auch ihre theoretische Analyse noch vor sich haben. Ihre allgemeine theoretische Relevanz scheint mir daher zunächst in den von ihnen aufgeworfenen Fragen zu liegen.

Denn bei allen Fortschritten der Transformationsforschung zeichnen sich zwei theoretische Probleme ab, die in die Zuständigkeit der allgemeinen soziologischen Theorie fallen. Sie beziehen sich auf die Spannungen, die im Verlauf der osteuropäischen Reformen aufgebrochen sind, und von deren Lösung die Stabilität sowie das Modernitätsniveau der postkommunistischen Gesellschaften maßgeblich abhängen werden. Dabei geht es zum ersten um die Spannungen, die eine Umstellung des sowjetischen »Wohlfahrtsautoritarismus«¹ auf marktkapitalistische Verhältnisse erzeugt: um das Verhältnis zwischen ökonomischer Liberalisierung und sozialer Integration. Welche Institutionen könnten die integrativen und Infrastrukturleistungen der alten sozialistischen Betriebe in einer marktförmigen Umwelt übernehmen? Es geht zum zweiten um die Kohärenz und Stabilität der postkommunistischen Reformpolitik: um das Verhältnis von kapitalistischer Ökonomie und politischer Demokratie. Die Frage lautet hier, wie angesichts der unvermeidbaren Härten des Übergangs ein stabiler Reformkurs aufrechterhalten werden kann.

Insofern rufen die schmerzhaften postkommunistischen Krisen zwei Strukturprobleme demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften von ihrer Entstehungsseite her in Erinnerung, deren institutionelle Verarbeitung in den westlichen Ländern umstandslos vorausgesetzt wird. Auf die Fragilität dieser Voraussetzung werde ich später zurückkommen. Zunächst ist es wichtig, sich klar zu machen, warum die drei prominentesten Ansätze der Transformationsforschung die genannten postkommunistischen Integrationsprobleme nur unzureichend erfassen.

a. Es liegt auf der Hand, daß der neoklassische Transformationsdiskurs die hier angelegten Dilemmata nicht lösen kann (s. Müller 1995, 44ff.), denn er formuliert eine Strategie, die auf die Atomisierung bestehender Korporatismen und die spontane »Selbstorganisation« einer kompetitiven Gesellschaft setzt. Marktanreize und Preisinformationen allein sollen – im Rahmen eines autoritativ durchzusetzenden Rechts – soziale Ordnung neu konstituieren. Der Appeal dieser Konzeption liegt in ihrer Universalität. Das unterlegte Modell individuell zweckrationalen Verhaltens und die Basisinstitutionen der Marktwirtschaft gelten per definitionem in allen möglichen Welten. Aus diesem Universalitätsanspruch er-

klärt sich die Isomorphie neoklassischer Reformprogramme, ganz gleich ob sie in Polen, Usbekistan oder Mexiko zur Anwendung gebracht werden. Darin liegt freilich zugleich ihr soziologisches Defizit: Sie können sich zu den vorgefundenen sozialen Verhältnissen nur negativ verhalten und verweisen die destruktiven Folgen einer ökonomischen »Schocktherapie« an sozialpolitische Kompensationsprogramme. Insofern bleiben sie Hayeks marktradikalem Wertaxiom treu: Wenn Marktwirtschaften aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in demokratischen Gesellschaften entstehen², dann sind nicht wenige Transformationsökonomen bereit, die Konkurrenz zwischen Markt und Demokratie zugunsten ökonomischer Effizienz zu entscheiden.

Soziologisch betrachtet sind »radikale Reformen« freilich kein technischer Akt mit ordnungspolitischem Flankenschutz. Sie sind zunächst ein radikaler Eingriff in bestehende Definitionen der Situation seitens der Akteure. Und es gehört zu den großen Einsichten von Parsons und Smelser, daß die dem Markt zugeschriebenen Anreize auf das Handeln von Individuen und Gruppen nur durch soziale Institutionen hindurch wirken. Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft läuft auf die Aushandlung eines neuen »sozialen Kontrakts« hinaus, in dem es um die Neuverteilung von Lebenschancen und die Redefinition von Gerechtigkeitsgrundsätzen geht. Von daher enthält jede ökonomische Reform ein irreduzibel politisches Element.

b. So lag es nahe, das institutionelle Defizit ökonomischer Modernisierungsstrategien durch die Übernahme erprobter politischer Modelle flankieren zu wollen. Der vor allem von Reinhard Bendix hervorgebobene »Demonstrationseffekt« erfolgreicher Gesellschaften war seit je ein entscheidender Antrieb in der zwischenstaatlichen Konkurrenz um relative Modernitätsgewinne. Ein äußerst gespaltenes Verhältnis zur Vorbildwirkung des »Westen« war für die gesamte russische Geschichte geradezu konstitutiv (Bendix 1978, 379ff.; Arnason 1993) – so auch für den Abbruch eines sozialistischen Wegs in die Moderne: In der Spätphase der *Perestroika* warfen sowjetische Politiker lernwillige Blicke auf die chilenische Variante einer liberalistischen Marktwirtschaft oder auch auf den autoritär geplanten Kapitalismus Südostasiens. Gegenwärtig kombinieren einige postkommunistische Übergangsregimes Elemente des französischen und amerikanischen Präsidialsystems.

Versuche dieser Art bestätigen Bendix' Perspektive auf die Rolle institutioneller Vorbilder in international verlaufenden Modernisierungsprozessen. Die andauernden Machtkämpfe und die schmale Legitimationsbasis der reformierten politischen Institutionen unterstreichen allerdings auch Bendix' Hinweise, daß importierte Institutionen den eigenen Traditionen gemäß umgeformt wer-

den müssen und die von ihnen ausgehende Sprengkraft intern zu bewältigen ist. Die in die 20er Jahre zurückreichende Idee eines Transfers politischer Institutionen bricht sich an denselben Realitäten, an denen die Übertragung anglo-amerikanischer Politikmuster auf die neukonstituierten mittelosteuropäischen Staaten der Zwischenkriegszeit scheiterte: an existenzbedrohenden ökonomischen Krisen, populistischen Machtübernahmen und nationalistischem Eifer. Die Erfolgsaussichten institutioneller Innovationen relativieren sich an den vorfindlichen Verwaltungs-, Rechts- und Herrschaftsroutinen – ein Zusammenhang, der zu Recht als offene Frage nach der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur der nachkommunistischen Länder angesprochen wurde.

c. An diese Frage anknüpfende westliche Theoretiker einer civil society konnten sich auf das in der Breshnew-Ära ausgebildete, anti-etatistische Selbstverständnis mittelosteuropäischer Dissidenten stützen, die gegen die Durchstaatlichung ihrer Gesellschaften einen Schatten-Bereich öffentlichen Lebens und intellektueller Kritik aufrechterhielten. Westlicherseits schien die Idee einer zivilen Gesellschaft geeignet, das destruktive Potential selbstorganisierter Märkte auf die soziale Solidarität aufzufangen. Ihre Attraktion bestand darin, zwischen der Logik des Staats als verselbständigter Sphäre strategischer Macht und der anonymen Selbstregulation des Marktes an der Autonomie jener »gesellschaftlichen Gemeinschaft« festzuhalten, auf die auch Parsons die größten Herausforderungen moderner Gesellschaften zukommen sah.

Die Anziehungskraft dieser Vorstellung war zugleich ihre Schwäche: Einerseits hatte das Erbe der »Antipolitik« die Strategiefähigkeit der osteuropäischen Dissidenten stark eingeschränkt. Andererseits mußte die intellektuelle Opposition nach vollzogenem Machtwechsel das Feld der Reformpolitik einem vom Westen her protegierten Marktliberalismus überlassen: Nicht Vaclav Havel, Vaclav Klaus bestimmte die Grundlinien der tschechischen »Schocktherapie«.

So korrelierten denn auch im Konzept der civil society politische und theoretische Schwächen. Die Schwierigkeiten, die politische Mobilisierung gegen das alte System in Legitimation für einen radikalen Umbau zu transformieren, wurden ebenso unterschätzt, wie die Anziehungskraft des konkurrierenden Projekts einer neuen »Volksgemeinschaft«: Nationalistische Bewegungen wurden allenfalls negativ, als eine »Pathologie der Zivilgesellschaft« wahrgenommen.³ Niemand hat die hier zutage tretenden theoretischen Schwächen dieses Konzepts schärfer herausgearbeitet als zwei seiner prominentesten Vertreter. Jean Cohen und Andrew Arato lokalisierten sie im unzureichend analysierten Verhältnis von ziviler Gesellschaft, Marktwirtschaft und staatlicher Politik – und sie verbanden ihre Diagnose mit der selbstkritischen Frage, ob die normative Leitidee einer

zivilgesellschaftlichen Integration in funktional ausdifferenzierten Gesellschaften überhaupt Realisierungschancen besitze.

II. Theorieversagen

Diese Frage führt mich zu meinem zweiten Punkt: In den komplementären Defiziten der Transformationsforschung überkreuzen sich die Dilemmata einer politischen Ökonomie der Reformen mit denen einer politischen Soziologie der Demokratie. Und genau hier liegen die Herausforderungen an eine allgemeine soziologische Theorie, die Modernität am Grad der funktionalen Differenzierung von Politik, Ökonomie und gesellschaftlicher Gemeinschaft festmacht. Von ihr sollte man zumindest systematische Hinweise auf die *Integrationsprobleme der postkommunistischen Gesellschaften* erwarten.

Die klassisch modernisierungstheoretische Einschätzung des Sowjetkommunismus war bei Parsons selbst angelegt und wurde nach 1989 für kurze Zeit zur vorherrschenden Diagnose einer »nachholenden Modernisierung«.4 Gorbatschows Reformversuche wurden als Zeichen dafür gedeutet, daß die Verwissenschaftlichung der Produktion, die Herausbildung einer städtischen Gesellschaft und das allgemeine Bildungsniveau nicht länger mit dem Machtmonopol der Staatspartei vereinbar seien. Parsons' Einschätzung konnte sich auf die liberale Sowjetforschung der 60er Jahre stützen und wurde in den 80er Jahren von den wegweisenden Arbeiten Jerry Houghs, Moshe Lewins und anderer unterstrichen. Vor diesem Hintergrund konnte dann Jürgen Habermas nach 1989 von einer »nachholenden Revolution« sprechen, die zumindest die mitteleuropäischen Gesellschaften in den westlichen Hauptstrom der Modernisierung zurückgeholt habe. Auch ohne Berührung zur Sowjetwissenschaft und ohne geschichtsphilosophische Emphase konnte man freilich immer schon mit Niklas Luhmann erwarten, daß Gesellschaften, die funktionale Differenzierungen blockieren, evolutionär nicht überlebensfähig sind.

Doch führt der Zusammenbruch des Sozialismus zu *Evolution?* – An der Enttäuschung dieser Erwartung scheitert meines Erachtens die parsonianische Tradition. Nicht die Entfaltung evolutionärer Universalien kennzeichnen die postkommunistischen Transformationen, sondern gesellschaftliche Fragmentierungen und politische Blockaden (s. Müller 1992, 119ff., sowie Przeworski 1995). Statt Konvergenz mit dem westlichen Muster beobachtet man Marktfiktionen und Privatisierungsillusionen. Die Alternativen zur stagnierenden Planwirtschaft waren inflationäre Geldwirtschaften oder Rückfall in Naturaltausch. Selbst in

der vielfach privilegierten ostdeutschen Transformationsgesellschaft zeugt die Finanzierung der Unternehmen wie der öffentlichen Haushalte eher von einer mit Hilfe westlicher Transfers simulierten und von rent seeking-Koalitionen aller Art umlagerten Marktwirtschaft, als von einem selbsttragenden Aufschwung.

Was waren die konzeptuellen Gründe, die zum Wahrnehmungsverlust gegenüber dem Regressionspotential der postkommunistischen Gesellschaften geführt haben? Warum hat die neoparsonianische Tradition die von Eisenstadt, Bendix, Rüschemeyer und vielen anderen analysierten Zusammenbrüche von Modernisierungen nicht ernst genommen? Ich nenne an dieser Stelle nur zwei Stichworte, die andeuten, daß die voreilig an die osteuropäischen Gesellschaften gerichteten Evolutionserwartungen grundbegrifflich vorentschieden waren – durch »premature closure«, wie man mit Jeffrey Alexander sagen könnte.

Die neoparsonianische Soziologie hat sich zum ersten in einem idealisierten Verständnis der Dynamik von Modernisierungsprozessen eingerichtet, die sie als evolutionär vorteilhafte Differenzierung definiert. Sie hat wenig Gespür für die Ambivalenzen sozialen Wandels, für die Orientierungsprobleme der sozialen Akteure und die Bedeutung institutioneller Kompromisse gezeigt. Wie großzügig sie über solche Fragen hinwegabstrahiert, kann man folgender Auskunft Luhmanns entnehmen, die sich am Rande einer Tautologie bewegt: »Alle Evolution schafft ihre eigenen Voraussetzungen nach Maßgabe ihres Fortschreitens, und stoppt, wenn und solange dies nicht gelingt« (Luhmann 1986, 86).

Die neoparsonsianische Soziologie hat zum zweiten eine entproblematisierte Sichtweise gegenüber ökonomischer Modernisierung und deren Verhältnis zu sozialer Integration eingenommen. Sie hat sich in kaum verständlicher Leichtgläubigkeit der neoklassischen Vision einer selbstorganisierten, »reinen« Ökonomie angeschlossen. Da dieses Marktmodell per definitionem gewisse wohlfahrtsökonomische Kriterien erfüllt, scheint man für bereits etablierte Marktverhältnisse von Gerechtigkeitsnormen, redistributiven Institutionen und auf Eigentum gegründeter Macht abstrahieren zu können. Gerade hier verlaufen jedoch die Konfliktlinien, welche die nicht pareto-optimale Neuordnung der osteuropäischen Gesellschaften charakterisieren: Da es vielen schlechter und wenigen besser geht, ist die Etablierung von Markt- und neuen Eigentumsverhältnissen von vornherein mit gravierenden Legitimationsproblemen belastet, die explizite Erörterung verlangen.

Es könnte sein, daß sich die jüngst von Wolfgang Zapf konstatierten Theoriefehler orthodoxer Modernisierungsansätze (Zapf 1994, 187ff.) zu einem Theorieversagen zumindest des deutschen Neoparsonianismus aufsummieren, dessen Kategorien windschief an den osteuropäischen Transformationen vorbeizielen. Er stellt fest, was nicht geschieht, ohne theoretisch geleitete Aussagen über die tatsächlichen Abläufe machen zu können. Mit anderen Worten: Das von Przeworski und Offe so eindringlich beschriebene »Dilemma der Gleichzeitigkeit« reproduziert sich auf der Ebene einer Theorie, die in separaten, fertig ausdifferenzierten Subsystemen denkt und darüber die dynamische Interaktion zwischen ökonomischen, sozialen und politischen Prozessen aus den Augen verliert. Sie scheitert an realen Differenzierungsprozessen, deren evolutionäre Bilanz offen und deren Zeithorizont unbestimmt ist.

III. Historische Paradigmata und soziologische Theorie

Wenn man dies als Herausforderung an die soziologische Theoriebildung akzeptiert, dann geht es also nicht nur um neue Anwendungsfelder althergebrachter Theorien; es geht um kategoriale Umorientierungen. Was darunter zu verstehen ist, möchte ich abschließend nach zwei Richtungen hin umreißen. Ich hoffe dabei zu verdeutlichen, was es mit den eingangs erwähnten historischen »Paradigmata« auf sich hat, denen Weber zufolge die Begriffsbildung der Soziologie ihr Material »sehr wesentlich« entnehmen sollte. Die oben beschriebenen Wahrnehmungsprobleme der soziologischen Theorie verlangen m. E. eine historische Öffnung der soziologischen Begriffswelt in beide Richtungen der Zeitachse.

a. Rückblickend bringen die postkommunistischen Krisen zu Bewußtsein, daß die in den westlichen Nachkriegsgesellschaften gefundenen institutionellen Lösungen gesellschaftlicher Integrationsprobleme nicht in allen möglichen Welten reproduzierbar sind. Sie zeigen ex negativo, daß der westliche Nachkriegsaufschwung auf nicht beliebig reproduzierbaren historischen Konstellationen beruhte: auf einer gleitenden Liberalisierung des Außenhandels, nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik, der externen Finanzierung von Handelsbilanzdefiziten, dem Ausbau sozialstaatlicher Institutionen, der Expansion des öffentlichen Sektors und vielem mehr. Die Transition der südeuropäischen Gesellschaften zur Demokratie wäre ohne ihre politisch motivierte Einbindung in die Europäische Gemeinschaft fraglich gewesen.

Die evolutionäre Modernisierungstheorie hat sich implizit auf diese spezifischen Integrationsleistungen verlassen. In diesem Sinn war sie stets ein »historisches Paradigma«, auch wenn sie ihren Erfahrungshintergrund in sogenannte analytische Grundbegriffe eingekapselt hatte. Rückblickend wird sichtbar, wie stark Parsons' Exposition und Lösung des »Ordnungsproblems« von der Erfahrung der Weltwirtschaftskrise sowie der Integrationspolitik des New Deal und

der Great Society der 60er Jahre inspiriert war. Habermas' Zuversicht in die Stabilität des ökonomischen Systems war in den 70er Jahren zunächst vom Glauben an die Wirksamkeit des Staatsinterventionismus geprägt, bevor er sich in den 80er Jahren Luhmanns autopoietischer Codierung des neoliberalen Dogmas spontaner Selbstorganisation anschloß.

Ihrem wissenschaftstheoretischen Status nach sind analytische Begriffe jedoch keineswegs erfahrungsfrei, sondern aus theoretischen, konventionellen oder normativen Gründen gegen widerstreitende Erfahrungen weitgehend abgeschirmt.⁵ In der deutschen Soziologie scheint sich das Dogma »analytischer Grundbegriffe« kommunikations-, system- oder evolutionstheoretischen Zuschnitts am längsten gehalten zu haben, während sich etwa der amerikanische Neofunktionalismus seit Mitte der 80er Jahre darüber definiert, Parsons' evolutionäres Schema in Richtung historischer Konstellationen, sozialer Bewegungen, konkreter Gruppen und Institutionen zu öffnen.⁶ Soziologen, die wie Tiryakian u.a. auf alternative Entwicklungspfade und sich verschiebende Referenzgesellschaften für Modernisierung verweisen, die wie Eisenstadt die Kategorie der *civil society* in eine historisch-komparative Perspektive rücken, scheinen mir in einer besseren Beobachtungsposition zu sein als ein falschverstandener Universalismus, der sich über den historischen Kern der eigenen Prämissen täuscht.

Die osteuropäischen Gesellschaften orientieren sich zwar am historischen Vorbild des westlichen Nachkriegsaufschwungs und experimentieren mit sehr unterschiedlichen institutionellen Modellen. Welche Konstellation sich daraus ergibt, wird gleichwohl stark von der Verarbeitung der je eigenen geschichtlichen Hinterlassenschaft abhängen (Schöpflin 1993, 256ff.) – ein Phänomen, das als »Pfadabhängigkeit« beschrieben wird. Ob und in welchem Zeitraum eine »nachholende Modernisierung« gelingt, bleibt freilich offen.

b. Offen bleibt allerdings auch, wie es mit der relativen Kohärenz des westlichen Musters auf Dauer bestellt ist. Auf der Suche nach institutionellen Variationen, die einer post-liberalen Ordnung Stabilitität verleihen könnten, konstatierte jüngst Philippe Schmitter: »Beides, Kapitalismus und Demokratie, sind ›bewegliche Ziele« (Schmitter 1995, 50). Fünf Jahre nach der von ihm so genannten »kapitalistischen Revolution« sorgt sich Jeffrey Sachs, der einflußreichste Theoretiker der osteuropäischen Transformation, weniger um die Zukunft der von ihm beratenen Länder als um eine »Konsolidierung des Kapitalismus« (Sachs 1995).

Die zweite Richtung einer Historisierung des soziologischen Paradigmas der Moderne ist daher *prospektiv*. Die Fragilität der osteuropäischen Transformationen wirft Licht auf die Instabilität des an sie herangetragenen Modells westlicher Gesellschaften zurück. Die unterstellte Kompatibilität von Märkten und Demo-

kratie ist keineswegs durch die anonyme Macht evolutionärer Prozesse für alle Zukunft sichergestellt; auch nach Ausscheiden der staatssozialistischen Alternative hängt sie an historisch kontingenten Kompromißstrukturen. Die »Dilemmata der Gleichzeitigkeit« sind nicht auf die postkommunistischen Transformationen beschränkt. Sie bleiben ein Strukturproblem des demokratischen Kapitalismus selbst, das Seymour Lipset zur Dämpfung posthistorischer Stimmungen folgendermaßen in Erinnerung bringt: »The capitalist distribution of rewards must be greatly unequal, and (..) the idea of equality impels the underpriviledged to support redistributionist parties and policies. (..) The struggle between the left, understood as the party of greater equality, and the right, understood as the defender of the status quo, is not over. (..) Profound political conflict – which is to say history – will surely continue« (Lipset 1992, 53ff.). Der »Triumph des demokratischen Kapitalismus« bleibt, wie Peter L. Berger hinzufügt, »unsicher« (Berger 1992).

Die soziologische Theorie hat daher allen Grund, sich produktiv verunsichern zu lassen, indem sie die Mühen der osteuropäischen Transformationen als Lernchance für die komplexen Voraussetzungen der westlichen Nachkriegsgesellschaften begreift. Vor diesem Hintergrund erscheint der demokratische Kapitalismus weniger als evolutionärer Fluchtpunkt, denn als ein Sonderfall, dessen Randbedingungen den osteuropäischen Ländern nicht zur Verfügung stehen.

Zum ersten Mal in der Geschichte zielt der Versuch einer nachholenden Modernisierung auf einen direkten Anschluß an Weltmarktverhältnisse (Przeworski 1992). Industrie- und sozialpolitische Spielräume zur internen Verarbeitung der daraus resultierendem Anpassungszwänge sind indessen kaum vorhanden. Jeffrey Sachs' Befürchtungen sind darauf gerichtet, daß kein kooperatives internationales Regime zur Unterstützung solcher Versuche vorhanden ist und sich die Vereinigten Staaten aus den multilateralen Organisationen zurückziehen. Die mexikanische Krise hat die Abhängigkeit eines ganzen Kontinents von spekulativen Kapitalbewegungen demonstriert. Eine sich abzeichnende Blockbildung auf dem Weltmarkt droht ganze Regionen abzukoppeln. Die Europäische Union behindert im Interesse eigener »sensitiver Industrien« den Marktzugang der östlichen Nachbarn: Die mittelosteuropäischen Länder werden in ihre alte periphere Position gegenüber den westeuropäischen Zentren gedrängt.

Wenn die osteuropäischen Transformationen daher nicht quasi-final auf die Strukturen westlicher Gesellschaften zulaufen und nicht auf die spontane Steigerung ökonomischer Liberalisierung und Demokratie vertrauen können, erfordert dies eine Verschiebung der theoretischen Perspektive von den »funktionalen Requisiten« einer erfolgreichen Ausdifferenzierung auf die tatsächlichen Konfliktlinien des Übergangs (Karl/Schmitter 1991, 270). Auf dieser Ebene trifft

sich die Transformationsforschung mit der vergleichenden Analyse der *Transitions to Democracy* in Südeuropa und Lateinamerika. Bei allen mit Recht betonten Unterschieden der Ausgangslage enthalten diese Analysen eine methodische Lektion: Zahlreiche *requisites of democracy* sind nicht Voraussetzungen, sondern Resultat politischer Kompromisse⁷ – ein Blickwechsel, der handlungstheoretische Perspektiven auf – interne wie externe – Akteure und intermediäre Institutionen in empirischen Differenzierungsprozessen eröffnet.

Ob daraus nochmals eine dem klassischen Ansatz vergleichbare *Theorie der Modernisierung* hervorgehen wird, mag dahingestellt bleiben. Die gegenwärtig angestellten Überlegungen in Richtung einer Soziologie der »Neomodernisierung« sind zunächst (selbst-)kritisch und defensiv: Sie streifen die entwicklungslogischen Schemata des Parsonsianismus ab, um die »historische Kontingenz« (Eisenstadt) der modernen Gesellschaften, ihre internen Gefährdungspotentiale, Risiken und Begrenzungen zu thematisieren; sie stellen dem neuen Idealismus der *civil society* gegenläufige Phänomene wie Zivilisationsverlust, Polarisierung und eskalierende Gewalt gegenüber⁸; sie versuchen, die »postmodernen Phänomene« der Fragmentierung, Entstrukturierung und Partikularisierung sozialwissenschaftlich einzufangen; sie begreifen die Globalisierung von Modernisierungsprozessen als Chance, den kulturellen Eurozentrismus der soziologischen Theorie zu überwinden.

Wenn sich die soziologische Theorie in diesem Problemfeld lokalisiert, dann kann sie sich der anhaltenden Relevanz zumindest eines ihrer traditionellen Themen gewiß sein: eines durch die osteuropäischen Transformationen und die Verschiebungen im westlichen Muster gleichermaßen vorgezeichneten Wertkonflikts. Ironischerweise scheint mit dem Verschwinden des östlichen Musters ein zentraler Wert auch der westlichen Moderne diskreditiert zu sein, aus dem Parsons die Zuversicht einer auf unbestimmte Zeit weitergehenden Modernisierung bezog: des Ethos der Gleichheit. Der Zusammenbruch des sowjetischen Sozialismus wird nicht zum Anlaß genommen, das Zusammenspiel von egalitaristischer Ideologie und der Realität einer paternalistischen Kontrolle zu analysieren, sondern Gleichheit als Wert schlechthin zu diskreditieren.

Demgegenüber wird eine der normativen Aufgaben einer revidierten Theorie der Moderne darin bestehen, die Bedeutung von Gleichheit nach den kommunistischen Erfahrungen und in internationalisierten Kontexten zu reinterpretieren. Wenn einem Vorschlag François Bourricauds gemäß Modernität über ihr Verhältnis zu Solidarität definiert ist, dann wird ihre praktische Belastungsprobe darin bestehen, wieviel Solidarität ohne eine Perspektive auf Gleichheit zu haben ist. Und diese Belastungsprobe spielt sich gleichermaßen in den osteuropäischen Transformationen wie in den westlichen Gesellschaften ab.

Anmerkungen

- 1 So die von George Breslauer eingeführte Bezeichnung von »Breshnews sozialem Kontrakt«.
- 2 Die vielleicht schärfste Formulierung des »Dilemmas der Gleichzeitigkeit« ist in Hayek 1979, 77, zu finden: »If in a society in which the spirit of enterprise has not yet spread, the majority has power to prohibit whatever it dislikes, it is most unlikely that it will allow competition to arise. I doubt whether a functioning market system has ever newly arisen under unlimited democracy, and it seems at least likely that unlimited democracy will destroy it where it has grown up«.
- 3 Cohen/Arato 1992, 74ff.; hier 621; vgl. Arnason 1993, 187ff. Zur Konkurrenz zwischen nationalistischer und demokratischer Politik in Osteuropa s. Schöpflin 1993, 278f.
- 4 Zu dieser Programmformel und ihrem Realitätsgehalt im Kontext der osteuropäischen Transformationen s. Müller 1991.
- 5 Die allgemeine Formulierung dieses Zusammenhangs geht auf Williard V. O. Quine zurück. Zur theoretischen Funktion von »analytischen Begriffen«, »framework principles«, etc. und ihrem Verhältnis zur Erfahrung s. Putnam 1962. Von soziologischer Seite s. hierzu die treffenden Bemerkungen von Münch 1993, 54f.
- 6 Um so den »liberalen Optimismus« hinsichtlich des Verlaufs sozialer Differenzierungen durch einen »kritischen Modernismus« zu ersetzen; s. etwa den Überblick in Ritzer 1990; Alexander/Colomy 1990, bes. 52ff.; Alexander 1993, hier 38f., bes. Fn. 7.
- 7 v. Beyme 1994, hier 87, spricht von »vernünftigem politischen Regierungshandeln«; s. allgemein Di Palma 1990. Joas 1992, 336, setzt in dem hier gemeinten Sinn akteurszentrierte »Konstitutionstheorien« von funktionalistischen Theorien sozialer Differenzierung ab; vgl. Sztompka 1995 u. Tiryakian 1995.
- 8 Alexander 1994, 192, der zugleich einen Überblick über soziologische Reorientierungsversuche gibt.
- 9 Das den normativen Kern der klassischen Modernisierungpolitik definierte: »Equality is the ethos of Modernity; the quest for it and its realization are at the core of the politics of modernization«, wie es bei Coleman 1968, 397, hieß.

Literatur

Alexander, Jeffrey/Colomy, Paul (1990), Neofunctionalism Today. In: Ritzer, George (Hg.) (1990).

Alexander, Jeffrey (1993), Soziale Differenzierung und kultureller Wandel. Frankfurt a. M. Alexander, Jeffrey (1994), Modern, Anti, Post, and Neo: How Sociological Theories Have Tried to Understand the New World of Our Time. In: Zeitschrift für Soziologie 23: 165-197.

Arnason, Johann P. (1993), The Future That Failed. London.

Bendix, Reinhard (1978), Könige oder Volk, Bd. 2. Frankfurt a. M. 1980.

Berger, Peter L. (1992), The Uncertain Triumph of Democratic Capitalism. In: Journal of Democracy, Vol. 3, No. 3: 8-16.

von Beyme, Klaus (1994), Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt a. M.

Bryant, Christopher/Mokrzycki, Edmund (Hg.) (1994), The New Great Transformation? London.

Cohen, Jean L./Arato, Andrew (1992), Civil Society and Political Theory. Cambridge, Mass.

Coleman, James S. (1968) Modernization. In: International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 10: 395-402.

Di Palma, Guiseppe (1990), To Craft Democracies. Berkeley, Cal.

Grancelli, Bruno (Hg.)(1995), Social Change and Modernization. Lessons from Eastern Europe. New York.

Hayek, Friedrich A. (1979), Law, Legislation and Liberty, Vol. 3: The Political Order of a Free People. Chicago.

Joas, Hans (1992), Die Kreativität des Handelns. Frankfurt a. M.

Karl, Terry Lynn/Schmitter, Philippe (1991), Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe. In: International Social Science Journal, No. 129: 269-285.

Kolosi, Tamás/Szelényi, Ivan (1994), Social Change and Research on Social Structure in Hungary. In: Nedelmann, Birgitta/Sztompka, Piotr (Hg.), Sociology in Europe. Berlin.

Lipset, Seymour M. (1992), Reflections on Capitalism, Socialism & Democracy. In: Journal of Democracy 3, No. 3: 43-55.

Luhmann, Niklas (1986), Ökologische Kommunikation. Opladen.

Müller, Klaus (1991), Nachholende Modernisierung? Die Konjunkturen der Modernisierungstheorie und ihre Anwendung auf die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften. In: Leviathan 19: 261-291.

Müller, Klaus (1992), Modernising Eastern Europe. Theoretical Problems and Political Dilemmas. In: Archives Européennes de Sociologie 33: 109-150.

Müller, Klaus (1995), Vom Postkommunismus zur Postmodernität? In: Kölner Zs. f. Soziologie und Sozialpsychologie 47: 37-64.

Münch, Richard (1993), The Contribution of German Social Theory to European Sociology. In: Nedelmann, Birgitta/Sztompka, Piotr (Hg.), Sociology in Europe. Berlin.

Przeworski, Adam (1992), The Neoliberal Fallacy. In: Journal of Democracy, Vol. 3, No. 3: 45-59.

Przeworski, Adam (1995), Ökonomische und politische Transformationen in Osteuropa: Der aktuelle Stand. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 25, Heft 98: 130-151.

Putnam, Hilary (1962), The Analytic and the Synthetic. In: Mind, Language and Reality. Cambridge 1975.

Ritzer, George (Hg.) (1990), Frontiers of Social Theory. New York.

Sachs, Jeffrey D. (1995), Consolidating Capitalism. In: Foreign Policy, Spring 1995, 50-64.

Schmitter, Philippe C. (1995), Post-Liberal Democracy. In: Bentele, Karlheinz u.a. (Hg.) (1995), Die Reformfähigkeit von Industriestaaten, Frankfurt a. M.

Schöpflin, George (1993), Politics in Eastern Europe. Oxford.

Sztompka, Piotr (1995), Lessons of Post-Communist Transition for Sociological Theories of Change. In: Grancelli, Bruno (Hg.) (1995).

Tiryakian, Edward A. (1995), Modernization in a Millenarian Decade. Lessons for and from Eastern Europe. In: Grancelli, Bruno (Hg.) (1995).

Weber, Max (1922), Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1976.

White, Stephen/Gill, Graeme/Slider, David (1993), The Politics of Transition: Shaping a Post-Soviet Future. Cambridge.

Zapf, Wolfgang (1994), Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Berlin.